

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rüditz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Müllengrund, Ruffsnappel und Trübsheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 10,— M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30,— M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1,50 M., für auswärtige Besteller mit 1,75 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 3,50 M., für Auswärtige 4,— M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 43

Montag, den 20. Februar 1922

72. Jahrgang

Hundsteuer betr.

Alle Besitzer von Hunden werden hierdurch aufgefordert, dieselben bis spätestens **Sonntag, den 25. Februar 1922** im Rathaus — Zimmer Nr. 7 — anzumelden. Unterlassung der Anmeldung zieht Strafe, Fristüberschreitung Zuschlag zur Steuer nach sich. **Sobndorf, den 17. Februar 1922.**
Der Gemeindevorstand.
Schuster.

Kurze wichtige Nachrichten.

Bei namiger geringerer Belegung des Hauses wurde am Sonntagabend im Reichstage die zweite Lesung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe des Wohnungsbaues beendet, die Abkündigung erfolgt am Dienstag.

In der Sitzung des Vorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner gab der Vorsitzende als Resultat seiner Freitagssprache mit dem Reichskanzler bekannt, daß eine allgemeine Amnestie auch für alle Disziplinarverfahren der Eisenbahner erfolgen soll. In einem nochmaligen Streit liege deshalb keine Veranlassung vor.

Die vierte deutsche Reparationsrate im Betrage von 31 Millionen Goldmark ist in ausländischen Devisen von der deutschen Regierung bezahlt worden.

Die Mitglieder der Reparationskommission sind für Mittwoch nach Paris einberufen worden; es soll über die deutschen Zahlungen in diesem Jahre entschieden werden.

Aus Kattowitz und Königshütte wird gemeldet, daß dort Massenhausdurchsuchungen durch die Franzosen bei den deutschen Bewohnern stattfinden. Bis gestern Abend waren 11 Verhaftungen als Folgen der Hausdurchsuchungen bekannt gegeben.

Der „Matin“ nennt Sonnabend früh als vorzusichtliche Höhe der französischen Schadenersatzforderungen an Deutschland für die in Gleschitz getöteten Franzosen 50 Millionen Franken. — Nicht zu trauv gestiffen.

Die Budapestler Polizei veröffentlicht die Erklärung, daß die Nachricht Berliner Blätter, wonach die Mörder Erzbischofs in Budapest seien und unter dem Schutze der „wachsenden Ungarn“ leben sollen, jeder Grundlage entbehre.

Außer den 20 Millionen Pfund Sterling, die die englische Regierung Österreich vorstreckt, wird die italienische Regierung am 1. Juli 70 Millionen Lire zu der Viererten-Anleihe beisteuern. Frankreich wird sich mit einem Betrage von 55 Millionen Franken beteiligen, die Tschechoslowakei beteiligt sich angeblich in tschecho-slowakischer Währung mit einem Betrage von 50 Millionen gleichemont.

Ta das Kabinett Bonomi in der italienischen Kammer kein Vertrauensvotum erhält, hat Bonomi dem König erneut die Demission überreicht. Dieser Kabinettssturz kann eine Verdröhnung der Konferenz von Genua im Gefolge haben.

Wozu zwingt das Vertrauensvotum?

W. W. Das Vertrauensvotum, das dem Reichskabinett am letzten Mittwoch erteilt worden ist, bedeutet erheblich mehr als die Beendigung einer Regierungskrise. Es ist überall auch bei der Opposition im Reichstage begrüßt worden, daß Dr. Wirth sich entschloß, vom Reichstage ein Vertrauensvotum zu fordern und sich nicht mit der Ablehnung von Mißtrauensvoten zu begnügen. So klein auch die Mehrheit gewesen ist, die sich zu Dr. Wirth's Politik bekannte, — nach parlamentarischer Ueberlieferung handelt der Vertrauensmann der Mehrheit im Namen des gesamten Volkes. — Beim Aufzählen der Verdienste des Kanzlers hat man sich darauf bezogen, daß uns bisher schwere Repressalien mittels unserer Gläubiger erspart geblieben sind. In der Tat sind die Sanktionen nicht unter Dr. Wirth's Kanzlerschaft verhängt, — aber auch nicht reiflos aufgehoben worden. Die obersteleijische Entscheidung, die für uns ein besonders schwerer Schlag war, erscheint nach außen als ein internationaler Schiedsspruch, dem sich beide beteiligten Länder, Deutschland und Polen, fügen mußten. Als wichtigstes Verdienst nehmen die Anhänger Dr. Wirth's für den Kanzler in Anspruch, daß er die Konferenz zu Genua ermöglicht habe. Durch die im Reiche im letzten dreiviertel Jahr geführte Außenpolitik sei England zur Einsicht in

die Unhaltbarkeit des Londoner Reparationsprogramms gekommen und für eine internationale Wirtschafts-Konferenz gewonnen worden. Es ist unbewiesen, — allerdings auch unbeweisbar, — ob dieser Wandel in den Anschauungen Englands nicht schon ein Paar Monate früher die praktische Frucht der Genauer Konferenz getragen hätte, wenn wir den Offenbarungstermin vom 14. Dezember schon am 14. August geleistet hätten; jedenfalls stand dann selbst für die hartnäckigsten Reparationserfüller fest, daß auch nicht eine halbe Milliarde mehr in der bisherigen Weise aufgebracht werden könne. Innenpolitisch nennt man als Erfolg der Politik Dr. Wirth's das Steuerkompromiß v. 26. Jan. und die Beilegung des jüngsten Eisenbahnerstreiks.

Daß uns die Kanzlerschaft Dr. Wirth's bisher greifbare Erfolge größeren Stils gebracht hat, kann niemand behaupten. Fast alle Entscheidungen der letzten Monate waren Notgebühren und tragen das Kompromißhafte deutlich an sich. In keiner dringenden Frage hat Dr. Wirth für die Zukunft Wege gewiesen. Er entpersönlichte sich in hartem Maß und destillierte seine Entschlüsse aus den Koalitionsparteien heraus. Teils eingestandenemmaßen, teils uneingestandenemmaßen steht sich unser Volk nach einem einseitigen Plan und nach einem Mann, der sich rückwärtslos für die Durchführung solchen Planes einsetzt. Was nützen alle Berechnungen über die Passivität der Zahlungsbilanz, alle geistreichen Lektionen über die Gründe und die Folgen der Defizitwirtschaft oder der Geldentwertung, wenn daraus nicht der feste Entschluß geboren wird, die deutsch: Zahlungsbilanz aktiv zu machen und die Fehlbeträge zu beseitigen? Dr. Rathenau hat eine kluge Berechnung über die Milliarden von Arbeitsstunden aufgestellt, die uns durch den Krieg und den Scheinfrieden verloren gegangen sind; vor der Feststellung, wie dieser Ausfall ausgeglichen werden kann, ist er aber zurückgeschreckt. Es hat gar keinen Zweck mehr, zu zweifeln, daß wir, um unsere Fehlbeträge im Innern zu tilgen und unsere Schulden nach außen zu bezahlen, ohne dabei den eigenen Verbrauch einschränken zu müssen, — die Ergebnisse unserer Arbeit durch eine großzügige Organisation der Mehrleistung steigern müssen, und daß uns nichts diese große Reform erspart. Allerdings wird das — zunächst — einen Sturm der Entrüstung in weiten Schichten unseres Volkes hervorrufen. Das dem Kanzler erteilte Vertrauensvotum macht es ihm aber zur Pflicht, diesem Sturm die Stirn zu bieten. Dr. Croll.

Neuwahlen unvermeidlich?

Berlin, 19. Februar. Im Vorwärts nimmt Scheidemann das Wort zu dem Ergebnis der Reichstagsabstimmung. So erfreulich der Sieg der Regierung sei, so müsse man sich doch darüber klar sein, daß von einer klaren Situation auch jetzt noch nicht die Rede sein könne. Die Verhandlungen über die Steuerreform, die jetzt eintreten müßten, würden sehr bald erweisen, daß Dr. Wirth um die Reichstagsauflösung und Neuwahlen nicht herumkommen werde. Nachdem eine Mehrheit für die Erfassung der Sachwerte nicht zustande zu bringen war, sei Deutschland drauf und dran, eine Steuerpolitik zu betreiben, die es in der unerträglichen Weise belasten müsse und die Deutschlands Volkswirtschaft ruinieren könnte, ohne doch den Entente-forderungen gerecht zu werden.

Der Vorwärts bemerkt dazu, Neuwahlen könnten erst dann vorgenommen werden, wenn der Versuch der Mehrheit vom 15. Februar, die Finanzreform unter Dach zu bringen — wobei sachliche Unterstützung von Rechts und Links mit Dank angenommen werden könne, gescheitert sei. Auch die Freiheit bemüht sich, die Notwendigkeit von Neuwahlen der Finanzreform wegen darzulegen.

Deutsches Reich

Das Internationale Wirtschaftsombudat. Berlin. In London tritt am heutigen Montag ein internationaler Ausschuh des Internationalen Ombudats zusammen, der aus der Interalliierten Pariser Industriellen-Konferenz hervorgegangen ist und am 10. Januar in Cannes gegründet wurde. Dieses Internationale Ombudat mit dem Zentralbüro in London ist dazu bestimmt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu unternehmen und die Kooperation aller Nationen zu erzielen. — Wir haben noch

nichts davon gehört, daß Deutschland zu dieser Konferenz eingeladen worden ist.

Herrn Hermes zur Kenntnis.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß im Kreise Neu-Kruppin Aufkäufer am Werke sind, bei den Groß- und Kleingrundbesitzern die Ernte des Jahres 1922 schon jetzt, wo die Aussaat zum großen Teile noch nicht erfolgt ist, aufzukaufen, und zwar den Zentner Roggen zu 600—800 Mark und den Zentner Kartoffeln zu 160 Mark. Es dürfte wohl kein Fehlschluß sein, daß das, was im Kreise Neu-Kruppin geschieht, auch anderwärts versucht wird, daß es ferner der Zweck so frühzeitiger Aufkäufe ist, später die Preise diktieren zu können, nicht zum Wohle des Ganzen, sondern zum eigenen Vorteile, so daß wiederum eine erhebliche, für die Allgemeinheit nicht mehr tragbare Preissteigerung eintreten würde.

Ein Flugposthafen in Berlin.

Das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt, auf dem Ostteile des Tempelhofer Feldes für den Post- und Personenflugverkehr einen Zwischenlandungsplatz zu errichten. Der gegenwärtige Zustand hat für die Post- und Personenflugzeuge große Mängel im Gefolge, da die Flugplätze Johannistal und Staaken von Berlin sehr abgelegen sind. Das Reichsverkehrsministerium erwartet von der Anlage des Zwischenlandungsplatzes auf dem Tempelhofer Feld: auch eine Belebung des Flugzeugverkehrs.

Ein Amnestiegesetz.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu dem im Reichsjustizministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Amnestiegesetzes für politische Vergehen mittelt, handelt es sich dabei um den Plan, hochverräterische Unternehmungen und im Zusammenhang mit solchen stehende Handlungen, soweit sie nach dem 4. August 1920, dem Tage des früheren Amnestiegesetzes, begangen worden sind, straffrei zu lassen. Die Amnestie soll lediglich solche Straftaten umfassen, welche zur Zuständigkeit der Sondergerichte und des Reichsgerichts gehören. Ein Eingriff in die Landesjustiz soll vermieden werden. Ausgenommen von der Amnestie sollen alle gemeinen Verbrechen sein, insbesondere diejenigen, welche aus Eigennutz oder Rohheit begangen sind und auch alle Sprengstoffdelikte.

Die bayerischen Eisenbahner zur Streitgelahr.

Die Verbandsleitung des Bayerischen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, den zuständigen Regierungsstellen in Berlin eine Rundgebung zu unterbreiten mit dem eindringlichen Ersuchen, umgehend den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn durch eine allgemeine, durchgreifende Erhöhung der Gehälter und Löhne, die nicht hinter der Lohnsteigerung für die Bergarbeiter zurückbleibt, zu Hilfe zu kommen. Nur auf diese Weise und mit ausreichenden Mitteln kann eine Beruhigung des Eisenbahnpersonals eintreten, und die von neuem geschürte Streikneigung wirksam bekämpft werden.

Vorträge des „Emden“-Kapitäns im Rheinland verboten.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem früheren Kommandeur der „Emden“, Kapitän von Müller, verboten, im besetzten Gebiete Vorträge zu halten. — Was befürchtet die Entente von diesen Vorträgen?

Eine französische Abrüstungs-Kommission — in Berlin.

Seit einigen Tagen halten sich zwei französische Parlamentarier, Paul de Cassagnac und der Provoat de Lamoignon in Berlin auf. Beide gehören der Interkommission der Kammer an. Das französische Parlament scheint also in die bereits hier weilenden offiziellen Kommissionen nicht das genügende Vertrauen zu setzen und sieht daher noch diese „Sonder-Zachverhandlungen“ die jedoch auch nur die vollständige Wehrlosmachung Deutschlands werden b-fähigen müssen. Die Parlamentarier hatten bereits Unterredungen mit Dr. Wirth, Dr. Rathenau und Gehehr. Deutsche Parlamentarier würden jedenfalls in Frankreich größere Entdeckungen machen.

Angedachter Flugzeugsmuggel nach Deutschland.

Extrobladet Kopenhagen beschäftigt sich mit einer etwas mysteriösen Angelegenheit. Ein italienischer Dampfer kam vor einigen Tagen in Fredericia an, um 50 Flugzeuge an Bord zu nehmen, die kurz nach dem Kriege von einer dänischen Luftfahrtgesellschaft in Deutschland angekauft worden waren.

ast
LL.
Im 2
Ball. -
Hugo Gollas.
ar
ball.
Höhe!
le Beleuchtung.
all.
rot-Tänze.
mit Fräulein
Stephan
zuzeigen.
warz.
22.
stag vorm.
asorgender
d
cker
Ficker
n.
22.
rt Sonntag